



0000518824

Der Solidarpakt Saar

Damit es auch im Saarland wieder aufwärts geht

Handlungsprogramm der CDU Saar 1994 - 1999

**Verabschiedet durch den Landesausschuß
der CDU Saar am 24. September 1994**

CDU

Der Solidarpakt Saar

	Seite
Einleitung	1
1 Für sichere, qualifizierte und zukunfts- fähige Ausbildungs- und Arbeitsplätze	4
2 Für flexible arbeitsplatzerhaltende Arbeitsmärkte	10
3 Für eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur mit europäischer Qualität	11
4 Für eine Erhaltung der Schöpfung durch eine beispielgebende Naturschutzpolitik	16
5 Für ein sicheres Saarland	18
6 Für ein kulturell unverwechselbares Saarland	20
7 Für ein nachbarschaftliches und gemeindefreundliches Saarland	21
8 Für beispielhafte Bildungs- und Ausbildungs- chancen für unsere Kinder und Jugendlichen	23
9 Für ein menschliches und soziales Saarland	25
10 Für eine humane und moderne Gesundheitspolitik	29
Zusammenfassung: Das Angebot der CDU Saar	30

Der Solidarpakt Saar

Damit es auch im Saarland wieder aufwärts geht

Einleitung

Die historischen Veränderungen in Deutschland und in Europa eröffnen unserem Saarland neue großartige Chancen:

Die Deutsche Einheit und die Europäische Union, von der CDU Deutschlands entscheidend erarbeitet und verwirklicht, haben die Mauern und Grenzen überwunden, die für die Entwicklung unserer Heimat so lange ein schweres Hindernis waren. Diese neuen, großartigen Herausforderungen wird die CDU Saar für unser Land dynamisch nutzen: Wir wollen aus unserem Saarland, das in der Vergangenheit unter seinem Schicksal als europäische Grenzregion gelitten hat, eine wirtschaftliche Modellregion im Herzen Europas machen, die vorbildlich ist für die neue industrielle Entwicklung im 21. Jahrhundert. Wir müssen Vorreiter auf dem Weg zu einem Europa der grenzüberschreitenden Regionen sein. Das Saarland befindet sich dabei in einem verstärkten Wettbewerb sowohl innerhalb der Großregion Saarland-Lothringen-Luxemburg als auch mit anderen europäischen grenzüberschreitenden Regionen. Es ist deshalb notwendig, mehr denn je die Zusammenarbeit im Großraum Saar-Lor-Lux in konkreten Projekten in Angriff zu nehmen. Ein in diesem Sinne erfolgreiches, wirtschaftlich stabiles Saarland, ein offenes Saarland wird seinen eigenständigen Platz unter den deutschen Bundesländern behaupten. Solide Arbeit und ehrliche Politik ohne Skandale sind Garanten für die Eigenständigkeit des Bundeslandes Saarland.

Die Zukunft des Saarlandes kann nur gesichert werden, wenn alle Bürgerinnen und Bürger ihre Leistungen in den Dienst unserer Heimat stellen.

Solidarpakt Saar

Der Solidarpakt Saar, der alle Saarländerinnen und Saarländer herausfordert zur gemeinsamen Gestaltung unseres Landes, ist unsere Antwort auf diese neuen Chancen für unser Land.

1. Für eine gute Zukunft unseres Landes, müssen wir alle Kräfte bündeln. Dann werden wir wieder eine sachliche, offene politische Arbeit ermöglichen.
2. Wir werden unser Saarland wieder aus den schlimmen Schlagzeilen der politischen und persönlichen Skandale herausholen, die unser Land in Mißkredit gebracht haben. Wir werden das Erscheinungsbild unseres Saarlandes in Deutschland und in Europa wieder verbessern.

Von entscheidender Bedeutung ist, daß wir im Saarland wieder zukunftsfähige qualifizierte Arbeitsplätze schaffen. Nur so ist zu verhindern, daß junge Menschen ihre Heimat, das Saarland, verlassen müssen. Der Schwerpunkt des Solidarpaktes Saar ist demnach auf eine erfolgreiche Wirtschafts- und Strukturpolitik ausgerichtet. Bestehende Standortvorteile des Saarlandes müssen ausgebaut, die eklatanten Standortnachteile müssen beseitigt werden.

Dabei wissen wir:

Eine gute praktisch orientierte Bildung und Ausbildung und erfolgreiche Forschungseinrichtungen sind Grundlagen für eine erfolgreiche Wirtschafts- und Strukturpolitik. Ebenso ist die selbstverständliche Gewährleistung der inneren Sicherheit, des Kampfes gegen alle Arten von Kriminalität und politischen Radikalismus unumgänglich erforderlich für das friedliche Zusammenleben der Menschen in unserem Lande und für ein offenes vertrauensvolles Klima des Miteinander.

Wir können diesen Aufschwung Saar umweltverträglich gestalten und können die immer dramatischer belastete Umwelt zu einer Chance für wirtschaftlichen Aufschwung machen. Aus dieser so gewonnenen Kraft ergibt sich auch die Solidarität mit den Schwa-

chen in unserer Gesellschaft, denen wir neue Chancen eröffnen, aber auch die selbstverständliche Hilfe ganz persönlich leisten werden. Nach unserem Verständnis von einem christlichen Menschenbild ist es verpflichtende Notwendigkeit, ein familien- und kinderfreundliches Saarland zu gestalten.

Wir setzen auf die Mitarbeit unserer jüngeren und erfahrenen älteren Menschen, unserer fleißigen, gut ausgebildeten, bodenständigen und weltoffenen Menschen.

Für uns entscheidet Leistung, nicht roter Parteibuchfilz oder sozialistische Gesinnungsgenossenschaft.

Die SPD hat das Saarland nicht vorangebracht, sie hat unser Land abgewirtschaftet, so wie sie selbst abgewirtschaftet ist. Die Genossen ersticken in ihrer unsäglichen Skandalpolitik die Zukunft unseres Landes.

Deshalb müssen wir einen Neuanfang schaffen, damit es im Saarland wieder aufwärts geht.

Das gemeinsame wirtschaftliche, soziale und ökologische Handlungsprogramm für die Zukunft des Saarlandes

1. Für sichere, qualifizierte und zukunftsfähige Ausbildungs- und Arbeitsplätze

Arbeitsplätze

Der dramatische Umbruch in Europa hat umfassende und langfristig wirkende Veränderungen der Wirtschaftsstrukturen bewirkt. Dabei sind wir uns bewußt, daß vor allem mittelständische Betriebe den Aufschwung im Arbeitsmarkt tragen werden.

Sichere, qualifizierte und gutbezahlte Arbeitsplätze auch für unsere jungen Menschen setzen mehr denn je eine nachhaltige Veränderung und gezielte Erweiterung der wirtschaftlichen Strukturen auch in unserem Land voraus. Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit und die Wachstumskraft der saarländischen Wirtschaft entscheidend stärken. Nur wer zu diesem Wandel fähig ist, gewinnt die Zukunft. Die SPD hat diese zwingende Notwendigkeit weder erkannt, noch gezielt in Angriff genommen. Auch der jetzt beginnende Aufschwung in Deutschland droht am Saarland vorbeizugehen, so wie auch der wirtschaftliche Aufschwung in der zweiten Hälfte der 80er Jahre am Saarland vorbeiging. In allen Jahren seit 1985 blieb das wirtschaftliche Wachstum im Saarland hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Insgesamt ergibt sich ein Wachstumsrückstand seit 1985 von 5,8 % im Vergleich zum Bund. Allein dadurch fehlen uns heute rund 40.000 Arbeitsplätze.

Mehr noch: In Kenntnis von Abwanderung, Wachstumsrückstand und Arbeitslosigkeit fehlen uns - laut Arbeitskammer - 100.000 Arbeitsplätze.

Nur durch einen bewußten und gezielten, durchaus auch schmerzlichen Strukturwandel der Saarwirtschaft können wir wieder eine Entwicklungsperspektive, können wir den Anschluß an den Aufschwung in Deutschland gewinnen.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

Technologien

- die neuen Technologien und Arbeitsplätze, die mit einer Kreislaufwirtschaft verbunden sind, in unserem Land anwendungsorientiert fördern und deren Ansiedlung im Saarland konsequent verfolgen;
- Technologien und Anlagen zur High-Tech-Demontage von Konsumgütern, vom Auto bis zum Fernseher, fördern;
- Technologien und Anlagen zur Entwicklung und zum Bau wiedernutzbarer und wiederverwertbarer Werkstoffe und Produkte fördern;
- Technologien und Anlagen für energie- und rohstoffsparende Produkte und Produktionstechniken fördern.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

Mittelstand

- die Verbesserung der Standortqualität des Landes in den Vordergrund stellen. Vor allem dem Mittelstand, den freien Berufen und Dienstleistungen sind im Saarland neue Marktchancen und Betätigungsfelder zu eröffnen:
 - durch Privatisierung bisher staatlich oder kommunal erfüllter Aufgaben von der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung über alle Abfallaufgaben bis hin zu "Genehmigungsnotaren" und Unternehmensbetreuern,
 - durch modernes Exportmarketing mit gezielt zusammengestellten "Exportpaketen", in denen die rechtliche und administrative Beratung ebenso eingebunden ist wie Markterschließungshilfe, Planungs- und Finanzierungsdienstleistung sowie der Bau und Betrieb von Anlagen,
 - durch Auftragsvergabe staatlicher und kommunaler Auftraggeber in kleinen Losen und soweit wie möglich ohne Generalunternehmer, damit auch mittelständische Unternehmen Chancen bei der Auftragsvergabe erhalten,

- durch Attraktivitätserhöhung unserer Innenstädte, auch in kleinen und mittleren Zentren zur Sicherung mittelständischer Dienstleistungen und der Dienstleistung von Handwerksbetrieben und dem Einzelhandel,
- die Gründung und Erweiterung mittelständischer Betriebe durch eine verbesserte Koordinierung der vorhandenen Fördermaßnahmen;
- Förderung innovativer mittelständischer Unternehmen durch die Bereitstellung von Landesrisikokapital.

Kohle

Kohle ist für uns kein altmodischer auslaufender Energieträger. Kohle wird weltweit für lange Zeit der entscheidende Pfeiler der Energieversorgung bleiben.

Daher muß das Saarland führend sein bei den High-Tech-Entwicklungen für die Kohlegewinnung, Kohleaufbereitung und Kohleverwendung.

Neue Kohle-Kraftwerks-Techniken mit hohen Wirkungsgraden sowie dezentrale Energieversorgungskonzepte sind in enger Zusammenarbeit mit den Energie-Versorgungsunternehmen, mit den Gemeinden zu realisieren.

Wir brauchen für diese Technologien eine koordinierte Export-offensive.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- sicherstellen, daß die anteiligen Mittel an den 35,5 Mrd. DM, die für die deutsche Kohle bis zum Jahr 2000 vom Bund zur Verfügung gestellt werden, von Saarberg zur Sicherung von Arbeitsplätzen im Bergbau selbst, aber auch zur gezielten Entwicklung des Unternehmens mit Blick vornehmlich auf die Wachstumsbranchen Umwelt, Energie- und Sanierungstechniken eingesetzt werden;
- dafür sorgen, daß ab dem Jahr 2001 eine vernünftige Anschlußregelung zum jetzigen Artikelgesetz gefunden wird.

Die Zukunft des Bergbaus im Saarland hängt entscheidend von der Akzeptanz in der Bevölkerung ab. Diese muß durch ein wirksames und einfühlsames Handeln gerade auch des Saarbergbaus selbst gesichert werden. Insbesondere die oft dramatischen Bergschäden, die mehr als nur materielle Schäden verursachen, verlangen die ganze Aufmerksamkeit des Bergbaus selbst, sowie der Landespolitik im Saarland.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- eine ständige Arbeitsgruppe "Bergschäden" mit Vertretern der Betroffenen, den Saarbergwerken und unabhängigen Sachverständigen einsetzen. Auf diese Weise schaffen wir die Möglichkeit zu einer sozial verträglichen Bewältigung dieser schwierigen Probleme;
- Prävention und Schadensregulierung im Bergschadensrecht verbessern.

Stahl

Die gescheiterte Stahlpolitik der SPD-Landesregierung hat gezeigt:

Staatliche Subventionen oder stümperhafte Industriepolitik der Landesregierung sichern keine Arbeitsplätze in der Stahlindustrie. Der jetzt begonnene bundesweite wirtschaftliche Aufschwung muß für eine dauerhafte und ertragsfähige privatwirtschaftliche Struktur der Stahlindustrie im Saarland genutzt werden.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- für die saarländische Stahlindustrie gezielt und systematisch eine privatwirtschaftliche Lösung durchsetzen, die alle wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze erhält und die Basis des Unternehmens vor allem in der Weiterverarbeitung stärkt;
- alle im Stahlbereich verfügbaren Mittel auf Investitionen konzentrieren, die zu überlebens- und wettbewerbsfähigen Produkten und Strukturen führen.

In den letzten 10 Jahren ist unter der Regierung Lafontaine noch nicht einmal ein Ansatz für eine wirkliche saarländische Wirtschafts- und Strukturpolitik sichtbar geworden. Das Saarland braucht endlich wieder einen Ministerpräsidenten, der Wirtschafts- und Strukturpolitik zur Chefsache macht.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- einen unabhängigen Strukturbeauftragten im Konsensverfahren mit den gesellschaftlichen Gruppen des Landes in die Staatskanzlei berufen, der den Ministerpräsidenten in Fragen der Wirtschafts- und Strukturpolitik unmittelbar unterstützen wird. Er wird in Zusammenarbeit mit den anderen Ministerien, Kammern, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, die Maßnahmen der umfassenden Offensive in der Ansiedlungspolitik koordinieren.
- Sämtliche Standortnachteile des Landes beseitigen, Standortvorteile ausbauen und die Instrumente der Wirtschaftsförderung übersichtlicher, zielgenauer und effektiver gestalten.

Ländlicher Raum

Gerade für den ländlichen Raum bieten Landwirtschaft und Tourismuswirtschaft Möglichkeiten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

Landwirtschaft

- die bäuerliche Landwirtschaft unter Nutzung aller verfügbaren Instrumente der europäischen und deutschen Agrarpolitik stützen und darüber hinaus auch unkonventionelle Wege zur Erschließung von Absatzmärkten für saarländische Spezialitäten und Produkte in Angriff nehmen.
- der Landwirtschaft durch die Erprobung regenerativer Formen der Energieversorgung (z.B. Biomasse) neue Betätigungs- und Erwerbsfelder eröffnen.

Tourismus

- die natürliche Schönheit und kulturelle Vielfalt unseres Landes in einer neuen Strategie auch für die Schaffung von Arbeitsplätzen bei Naherholung und umweltverträglichem Tourismus nutzen und damit besonders dem ländlichen Raum Arbeitsplätze und Einkommensquellen verstärkt eröffnen.

2. Für flexible arbeitsplatzerhaltende Arbeitsmärkte

Arbeitsmarkt

Gerade unsere direkte Nachbarschaft mit Frankreich verpflichtet alle im Saarland zu Flexibilität und Anpassungsbereitschaft auf dem Arbeitsmarkt. Wer sich dieser Notwendigkeit verschließt, gefährdet Arbeitsplätze. Dabei bedeutet mehr Flexibilität keineswegs weniger Absicherung der Arbeitnehmer.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- dafür werben und daran nach Kräften mitwirken, daß Gewerkschaften und Arbeitgeber saarland-spezifische Initiativen zu mehr Flexibilität bei der Arbeitszeit ergreifen;

Teilzeitarbeit

- im öffentlichen Dienst eine Vorreiterrolle für mehr Teilzeitarbeit auf freiwilliger Basis in den verschiedensten Formen übernehmen;
- nachdrücklich auf die Entwicklung und Durchsetzung von Investivlohnkonzepten in Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern hinwirken. Dabei wird sie innovative Lösungen für den öffentlichen Dienst erarbeiten;
- den § 242s AFG* in seiner jetzigen Struktur extensiv nutzen und aus den Erfahrungen bei der Anwendung Vorschläge für seine Weiterentwicklung im Bundesrat einbringen.

*Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgeber, die Arbeitslose in Bereichen der Umweltsanierung, Jugend-, Sozialarbeit beschäftigen.

Auf Initiative der CDU Saar wurde dieses speziell für den Aufbau Ost eingesetzte Förderinstrument auch auf Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit in den alten Bundesländern ausgedehnt.

3. Für eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur mit europäischer Qualität

Infrastruktur

Der Lebens- und Wirtschaftsraum Saar muß beschleunigt in die deutschen und europäischen Verkehre eingebunden werden. Die bestehenden Lücken und Engpässe in der Infrastrukturausstattung müssen beseitigt werden.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- mit neuen Finanzierungs- und Verfahrensinstrumenten, die infrastrukturelle Ausstattung und damit die Entwicklungskraft des Landes verbessern
- durch die Nutzung privaten Kapitals für alle infrastrukturellen Aufgaben, von der Kläranlage bis zu Schulgebäuden; dazu werden wir Initiativen im Bundesrat zur steuerlichen Gleichstellung oder Gleichbehandlung ergreifen
- durch ein Beschleunigungsgesetz Saar zum konsequenten Abbau von bürokratischen Genehmigungshürden für Handwerks- und Industriebetriebe, aber auch für den privaten Hausbau und für Infrastrukturprojekte. Dazu gehört auch der verstärkte Einsatz von Genehmigungsnotaren.

Die katastrophalen Versäumnisse der SPD-Landesregierung in den letzten 10 Jahren müssen jetzt mit umfassender finanzieller Förderung durch den Bundesverkehrsminister aufgeholt werden.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

Verkehr

- ein Nahverkehrskonzept für das ganze Saarland verwirklichen;
- die Möglichkeiten des schienengebundenen Verkehrs mit einer Saarland-Bahn im Rahmen der Regionalisierung des Schienen-Nahverkehrs umsetzen durch eine konsequent abgestimmte Zusammenarbeit der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße;

- das private Auto nicht verteufeln, sondern als Grundlage der Mobilität, besonders auch im ländlichen Raum, umweltverträglich sichern;
- ein Güterverteilzentrum am Produktionsstandort Saarland einrichten.

Die Entscheidung für die Einbindung des Saarlandes in das Hochgeschwindigkeitsnetz ist und bleibt für die Entwicklung des Landes unabdingbar.

Die CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- in ständiger Abstimmung mit der Bundesregierung, mit der Regierung in Frankreich und mit der Bundesbahn die getroffene Entscheidung zur zügigen Weiterführung des TGV/ICE durch das Saarland verwirklichen.
- einen leistungsfähigen Flugverkehr im Saar- Lor- Lux- Raum sichern.

Energie

Das Saarland ist ein klassisches Energieland. Wir brauchen deshalb eine klare Energiepolitik, die eingebunden ist in eine deutsche und europäische Energiepolitik. Das ist eine entscheidende Voraussetzung, wenn wir als Wirtschaftsstandort im Vergleich zu anderen Regionen in Deutschland und in Europa bestehen wollen.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- intensiv an der Erarbeitung eines Energiekonsenses in Deutschland, aber auch in Europa und insbesondere mit Frankreich mitwirken. Eine nahtlose energie- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit zwischen dem Saarland und Frankreich und dabei insbesondere Lothringen wird die Standortqualität dieser europäischen Zentralregion insgesamt entscheidend verbessern.

Entsorgung

Ein wesentlicher Standortfaktor für die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Saarland sind die Entsorgungskosten für Abfall und Abwasser. Die negative Spitzenstellung, die das Saarland mittlerweile durch die verfehlte Politik der SPD-Landesregierung im Entsorgungsbereich eingenommen hat, muß beseitigt werden.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- die Entsorgung von Wasser und Abfall für die Menschen im Saarland zu bezahlbaren Preisen sicherstellen. KABV und AVS werden grundsätzlich, auch in der Frage der Zwangsmitgliedschaft im AVS, auf den Prüfstand gestellt. Ausbaukonzepte werden detailliert nach Einsparmöglichkeiten durch Abstriche an Ausbaustandards überprüft, ohne daß Anforderungen des Umweltschutzes vermindert werden;
- die Entsorgung von Sondermüll und Industriemüll durch die SES, insbesondere die bestehenden Anschluß- und Benutzungszwänge auf den Prüfstand stellen. Sie wird die Möglichkeiten prüfen, ob die Entsorgung bei Einhaltung der Umweltstandards auch in die Verantwortung der produzierenden Unternehmen gestellt werden kann. Die negative Spitzenstellung der Entsorgungskosten wird so beseitigt und damit wesentliche Standortkosten für die Wirtschaft vermindert;

Gewerbeflächen

Das Saarland braucht dringend verfügbare Gewerbeflächen zu angemessenen Preisen zur Ansiedlung neuer Betriebe und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Die SPD geführte Landesregierung hat es bisher nicht geschafft, eine effektive Gewerbeflächenverratspolitik zu betreiben.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- eine vorsorgende Planung und Ausweitung von Gewerbeflächen vornehmen;

- eine Datenbank des Landes einrichten, in der die vorhandenen Gewerbeflächen mit entsprechenden Standortdaten erfaßt sind. Diese Datenbank wird zwischen Kommunen und Land vernetzt werden, damit ein kurzfristiger Zugriff auf die aktuellen Informationen möglich ist;
- durch ein systematisches Flächenrecycling die bereits genutzten Industrieflächen für neue Ansiedlungen aufarbeiten. Mit derartigen Sanierungsmaßnahmen werden wir modellhaft moderne Technologie einbinden und damit das Saarland zu einem Vorzeigeland moderner Umweltsanierung werden lassen.

Europa

Das Saarland ist durch die historischen Veränderungen von der Grenzregion zu einer Kernregion im Herzen Europas geworden. Mit der Verwirklichung des EG-Binnenmarktes haben sich für das Saarland neue Chancen eröffnet. Gleichzeitig findet es sich in einem verstärkten Wettbewerb innerhalb der Großregion Saar-Lor-Lux wieder. Es ist in besonderem Maße wichtig, daß sich dieser Standortvorteil nicht durch ein billigeres Angebot von Produktionsfaktoren in den angrenzenden Regionen in einen Standortnachteil umkehrt. Die Landespolitik muß deshalb auf diese verschärfte Wettbewerbssituation aktiver reagieren.

Die CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- gemeinsam mit den Verantwortlichen in Lothringen und in Luxemburg eine länderübergreifende und abgestimmte Raumordnungsplanung erarbeiten;
- eine verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Abfallentsorgung und der Energieversorgung realisieren;
- zusammen mit den Bildungsträgern im Saarland und den angrenzenden Regionen eine Initiative zur grenzüberschreitenden betrieblichen Aus- und Weiterbildung starten;

- für die Großregion ein gemeinsames Standortmarketing entwickeln;
- zur besseren Durchsetzung der Interessen der Großregion auf europäischer Ebene ein gemeinsames Saar-Lor-Lux-Büro in Brüssel errichten;
- gemeinsam mit der Bundesregierung und den Regierungen der benachbarten Staaten die gesetzlichen Grundlagen schaffen, die dringend für die Rahmenbedingungen einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit benötigt werden.

4. Für eine Erhaltung der Schöpfung durch eine beispielgebende Naturschutzpolitik

Naturschutz

Unser Verständnis von der Schöpfung verpflichtet uns zu einem sorgsamem, pfleglichen und selbstlosen Einsatz für die Erhaltung von Vielfalt und Eigenart der Natur.

Wir wollen nicht auf Kosten der Natur und damit auf Kosten kommender Generationen Wohlstand und Wachstum erkaufen. Unser Ziel ist eine nachhaltige Entwicklung unseres Saarlandes, das auch kommenden Generationen gleiche Lebenschancen läßt.

Wir wollen die Natur mit den Menschen unseres Landes auch um ihrer selbst willen erhalten.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- die von dem Bundesumweltminister geförderten Projekte (Illrenaturierung, Oster, Wolferskopf etc.) in Zusammenarbeit mit den Gemeinden beispielhaft gestalten und weitere ökologische "Trittsteine" zu einer vernetzten Gesamtkonzeption von geschützten Gebieten erstellen;
- die Waldbewirtschaftung auch unter Beachtung ökologischer Anforderungen weiterentwickeln;
- eine kritisch-konstruktive Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden und Bürgerinitiativen suchen. Die großen Beiträge der ehrenamtlichen Arbeit im Naturschutz von den Naturschutzverbänden bis zu den Jägern werden wir an einem runden Tisch "Naturschutz Saar" für unsere Politik erörtern und bei konkreten Entscheidungen beachten;
- anerkannte Verbände für ihre damit verbundenen Leistungen entsprechend finanziell fördern;
- Natur- und Umweltschutz gezielt in die Lehrpläne der Schulen einbinden;

- das freiwillige ökologische Jahr im Saarland flankierend unterstützen und im Bundesrat Initiativen zu einer Fortentwicklung dieser wichtigen Initiative ergreifen.

5. Für ein sicheres Saarland

Kriminalität

Die Menschen wollen sich in ihrer saarländischen Heimat sicher fühlen. Wir werden deshalb die Kriminalität und jeden politischen Radikalismus entschlossen bekämpfen. Die Sprache der Demokratie ist die Toleranz; diese darf aber nicht durch Gewalt an Menschen, an Sachen mißbraucht oder ausgebeutet werden.

Innere Sicherheit

Die saarländische Politik der letzten Jahre hat in der inneren Sicherheit drastisch versagt. Der überdurchschnittlich hohe Anstieg der Kriminalität im Saarland ist ein unübersehbares Symptom. Damit wurde nicht nur - besonders bei älteren Menschen - das Vertrauen in unseren Staat beeinträchtigt, sondern darüber hinaus auch die Standortqualität des Saarlandes verschlechtert, das Image des Saarlandes gefährdet und damit die Zukunftsfähigkeit verschlechtert.

Dabei wissen wir, daß die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, insbesondere auch bei Jugendlichen die Schaffung einer kinder- und familienfreundlichen Atmosphäre sowie die Attraktivität und Integrationskraft unserer Vereine wichtige Grundlagen auch für den Abbau von Gewalt in unserer Gesellschaft sind.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- das Verbrechensbekämpfungsgesetz mit aller Konsequenz auch im Saarland anwenden;
- jeder Bagatellisierung von Gesetzesverstößen entschlossen entgegenzutreten, ohne dadurch das Ziel einer erfolgreichen Resozialisierung, gerade bei jugendlichen Straftätern, in Frage zu stellen;
- eine wirkliche und damit wirksame Polizeireform in Angriff nehmen und dafür als personelle Grundlage unmittelbar 100 neue Stellen für den Polizeidienst ausweisen.

Die von der SPD Landesregierung zu verantwortende sogenannte "Polizeistrukturereform" war von Anfang an falsch angelegt, weil nicht Polizeikommissare, sondern Sparkommissare das Sagen hatten.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- den Rückzug der Polizei aus der Fläche des Landes stoppen und rückgängig machen. Übertriebener Zentralismus hat gerade der Kriminalität im ländlichen Raum Vorschub geleistet;
- die faktisch aufgelöste saarländische Bereitschaftspolizei wieder als echte Bereitschaftspolizei einrichten;
- gerade auch mit Blick auf den politischen Radikalismus die Sensibilität und das Engagement der Menschen im Saarland gegen diese demokratiezerstörende Entwicklungen schärfen. Sie wird auch den Verfassungsschutz insbesondere für diese Aufgabe entsprechend qualifizieren und stärken.

6. Für ein kulturell unverwechselbares Saarland

Kultur

Kultur ist Ausdruck der Identität einer Region und ihrer Menschen. Sie ist Gegenstand und Inhalt unseres gesamten gesellschaftlichen Bewußtseins. Wir wollen deshalb ein eigenes kulturelles Selbstbewußtsein bewußt fördern.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- die Notwendigkeit eines Kultur- und Kunstförderungsgesetzes prüfen, das Ausgaben für Kultur und Kunst als Pflichtaufgabe des Landes festschreibt;
- öffentliche und private Kulturförderung stärker forcieren, um Chancengleichheit und Freiräume zu schaffen und eine ideologisch begründete Bevormundung verhindern;
- bei der Umsetzung der Richtlinien für Kunst im öffentlichen Raum, insbesondere den Kunschtschaffenden aus dem Saarland Chancen einräumen;
- einen Kunstfonds für Kunst im öffentlichen Raum bilden, der die flexible und objektunabhängige künstlerische Förderung ermöglicht;
- den Erhalt der Industriedenkmäler an der Saar durch eine Symbiose von kultureller und ökonomischer Nutzung sicherstellen;
- eine Kulturplanungskommission entsprechend der Sportplanungskommission einrichten, um insbesondere eine sachgerechte Verwendung auch der verfügbaren Mittel aus dem Saar-Toto transparent zu gewährleisten;
- eine Kulturagentur gründen, die auf Grundlage eines professionellen Marketing-Konzepts saarländische Kultur in den europäischen Raum vermittelt und die Begegnung mit internationaler Kultur im Saarland ermöglicht;
- die Kultur auch als Faktor fördern, der zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes beiträgt.

7. Für ein nachbarschaftliches und gemeindefreundliches Saarland

Vereine, Verbände

Unser Saarland hat ein unverwechselbares Flair, seine lebenswürdige Atmosphäre aus der Vielfalt seiner Vereine und Verbände, seiner nachbarschaftlichen Gemeinsamkeiten, seinem Zusammenhalt in den Gemeinden. Lieder und Brauchtum und kulturelles Leben sind immer wieder auch Anziehungspunkt für die Menschen. Sie begründen die Bodenständigkeit und die schnelle Verwurzelung der neu Hinzugekommenen ebenso wie sie ein wichtiger, wenn auch nicht quantifizierbarer Vorteil für die Ansiedlung und Entwicklung von Arbeitsplätzen sind.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- die Vielfalt unseres Vereinslebens durch ideelle und materielle Unterstützung von den Übungs- und Aufführungsstätten bis hin zu organisatorischen Hilfen bei der Durchführung von Veranstaltungen begleiten;

Gemeinden

- eine gemeindefreundliche Politik betreiben, ohne Bevorzugung nach den jeweiligen parteipolitischen Mehrheiten in den Gemeinden;
- nach der von uns durchgesetzten Direktwahl der Bürgermeister und Landräte weitere Möglichkeiten der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an dem politischen Geschehen, besonders in ihrer Gemeinde weiter stärken. Die Direktwahl der Ortsvorsteher gehört dazu ebenso wie die Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens bei der Kommunalwahl. Desweiteren werden wir auf kommunaler Ebene die Möglichkeiten des Bürgerbegehrens und Bürgerentscheids einräumen und auf Landesebene die Hürden für ein Volksbegehren senken;
- alle Möglichkeiten nutzen, um auch in den Gemeinden soweit wie möglich, Aufgaben zu privatisieren und damit auch mehr Freiraum für Beratungs- und Betreuungshilfe der Bürgerinnen und Bürger durch ihre Stadt und Gemeindeverwaltungen schaffen;

- die Gemeinden angemessen an der Teilentschuldung beteiligen. Die damit verbundene Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden soll zur Senkung der Gewerbesteuerhebesätze genutzt werden, um damit gleichzeitig die Standortqualität des Landes zu steigern.

8. Für beispielhafte Bildungs- und Ausbildungschancen für unsere Kinder und Jugendlichen

Bildung/Ausbildung Das Chaos in der saarländischen Schul- und Bildungspolitik ist ein Skandal, der unserem Land nachhaltig schadet und eine gute Bildung und Ausbildung unserer Kinder beeinträchtigt. Dieses Chaos wird umgehend beendet. Darüber hinaus verschlechtert das konzeptionelle und organisatorische Chaos in der Schul- und Bildungspolitik auch die Qualität und Entwicklungsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Saar.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- eine bedarfsgerechte realistische und vorausdenkende Personalplanung gewährleisten, damit die aktuellen dramatischen Fehlentwicklungen beseitigen und für die Zukunft vermieden werden;
- eine Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf zwölf Schuljahre bei gleichzeitiger Straffung der Lehrpläne vornehmen;
- Leistung und Differenzierung in allen Schulen zum grundlegenden Gestaltungsprinzip machen;
- die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Ausbildung gewährleisten; das duale System der beruflichen Bildung bleibt ebenso gesichert wie der große Befähigungsnachweis des Handwerksmeisters. Gerade auch im beruflichen Bildungswesen muß der "Europäischen Kompetenz" in besonderer Weise Rechnung getragen werden. Wir werden die grenzüberschreitende Bildungspolitik zu einem Schwerpunkt machen. Dieser reicht von der Schaffung rechtlicher und finanzieller Voraussetzungen für die Einrichtung grenzüberschreitender Kindergärten über den Aufbau eines deutsch-französischen Berufsbildungszentrums als Pendant zum deutsch-französischem Gymnasium und den Voraussetzungen für den grenzüberschreitenden Einsatz von

Erziehern und Lehrern bis hin zum Ausbau zweisprachiger Züge an saarländischen Schulen und Hochschulen unter Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Erwachsenenbildung;

- ein klar gegliedertes Schulwesen im Saarland durchsetzen, das einerseits das Gymnasium mit einer um ein Jahr verkürzten Schulzeit und einer landeszentralen Abiturprüfung vorsieht und das andererseits eine neue, im Innern in Bildungsgänge gegliederte Schulform vorsieht, die die bisherigen Hauptschulen, Sekundarschulen, Realschulen und Gesamtschulen ersetzt. Diese Schulform ist eine gleichwertige Alternative zum Gymnasium, sie vermittelt den Hauptschul- und mittleren Bildungsabschluß und führt in einer engen Zusammenarbeit mit den beruflichen Schulen bis zum Fachabitur. Damit wird gewährleistet, daß in jeder saarländischen Gemeinde mindestens der mittlere Bildungsabschluß erreicht wird;

Hochschulen

- die Universität des Saarlandes als entscheidende Institution für geisteswissenschaftliche und naturwissenschaftliche Forschung und Lehre in Abstimmung mit benachbarten universitären Einrichtungen in ihrer ganzen Vielfalt und Bandbreite erhalten und fortentwickeln;
- die Fachhochschulen mit ihren insbesondere praxisorientierten Forschungs- und Ausbildungsaufgaben in dieses Gesamtangebot einbinden;
- die wirtschaftsnahe Forschungsstruktur im Saarland konsequent ausbauen und den Technologietransfer - insbesondere gegenüber dem Mittelstand - wirksam machen, ohne dabei die Leistungsfähigkeit von Universität und Fachhochschule zu beschneiden;
- einen Entwicklungsplan für die Universität und die Fachhochschulen im Saarland erstellen, um die zukünftige Entwicklung in die richtigen Bahnen lenken zu können.

9. Für ein menschliches und soziales Saarland

Angesichts der wirtschaftlichen Lage im Saarland ist die vor-
dringlichste Aufgabe der Landespolitik die Erhaltung und
Schaffung neuer Arbeitsplätze. Den Schwächeren wollen wir mit
unserer Politik neue Chancen eröffnen und auch ganz persön-
liche Hilfe leisten.

Familie

Aus unserem ureigenen Verständnis als Partei, die auf der
Grundlage des christlichen Menschenbildes aufgebaut ist, ist es
verpflichtende Notwendigkeit, das Saarland zu einem familien-
und kinderfreundlichen Land zu machen und dabei insbesondere
junge Familien mit Kindern zu unterstützen, entlasten, begleiten
und ermutigen. Dies ist auch eine konkrete Politik für die Gestal-
tung einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Frau und
Mann.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- ein eigenes familienpolitisches Maßnahmenpaket vorlegen.
Die CDU geführte Bundesregierung hat schon durch ihre
"Neue Erziehungspolitik" viel getan, doch diese Politik muß -
wie in anderen Bundesländern - durch die Landespolitik
flankiert werden;
- dafür Sorge tragen, daß im Saarland gemäß dem gesetzlichen
Anspruch für jedes Kind ab dem dritten Lebensjahr ein Kinder-
gartenplatz zur Verfügung steht und das Angebot für die Be-
treuung von Klein- und Schulkindern verbessert wird. Dabei
werden wir neue Wege durch die Förderung von privaten
Initiativen oder Betriebskindergärten gehen;
- durch beschleunigte Genehmigungsverfahren dafür sorgen,
daß Wohnraum schneller zur Verfügung gestellt werden kann;
- durch eine Rücknahme des Raumordnungsteilplanes "Sied-
lung" sicherstellen, daß auch in Zukunft im ländlichen Raum
Wohnland zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung ge-

stellt werden kann und die Entwicklungschancen für unsere lebenswerten Ortschaften gesichert bleiben;

Frauen

In unserem Grundgesetz steht: "Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung der bestehenden Nachteile hin."

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- analog zum Gleichstellungsgesetz auf Bundesebene ein Gleichstellungsgesetz auf Landesebene einbringen und für dessen Umsetzung sorgen;

Familie und Beruf

- dafür sorgen, daß Familie und Beruf besser vereinbart werden können. Dazu werden wir die Möglichkeit der finanziellen Förderung von Tagesmüttern ebenso prüfen, wie flexible Modelle der betreuenden Schulen;
- in Zusammenarbeit mit den Tarifpartnern Initiativen für flexible Arbeitszeiten ergreifen.

Jugend

Politik in die Jugend ist Investition in die Zukunft unseres Landes. Wir wollen deshalb gemeinsam mit unseren Kindern und Jugendlichen die Chancen für eine friedliche und gute Zukunft im Saarland erarbeiten.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- ausreichend Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Jugendliche schaffen;
- durch eine gute Bildungspolitik die Startchancen der Jugendlichen verbessern;
- die Angebote der Jugendsozialarbeit, der Arbeit der Jugendverbände und der Jugendarbeit in den Vereinen weiter unterstützen;

- für einen verbesserten Jugendschutz in den Medien eintreten und Initiativen starten, um den Jugendschutz auf europäischer Ebene zu vereinheitlichen;
- die internationale Jugendarbeit verstärken. Gerade im Großraum Saar-Lor-Lux bieten sich dazu viele Möglichkeiten an.

Senioren

Das Alter ist ein eigenständiger Lebensabschnitt. Wir müssen die Rahmenbedingungen für ein aktives Leben im Alter verbessern und die Voraussetzungen für Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit ausweiten. Den Senioren muß die Chance geboten werden, sich ihrem Leistungsvermögen entsprechend in allen Lebensbereichen einzubringen. Wir wollen den Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen dahingehend fördern, daß sie die Partnerschaft mit den Älteren praktizieren.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- spezifische Wohnungsbauprojekte, in denen alte allein-stehende Menschen und junge Familien zusammengeführt werden, fördern;
- verstärkt Bildungsangebote im Rahmen eines lebenslangen Lernens fördern.

Derzeit werden im Saarland die überaus meisten älteren und alten Menschen zu Hause betreut und gepflegt. Wir werden dafür Sorge tragen, daß dies auch in Zukunft so bleibt und die Familien, die Menschen zu betreuen haben, entlastet werden.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- zusammen mit allen Verantwortlichen dafür sorgen, daß eine leistungsfähige, zahlenmäßig ausreichende und trotzdem wirtschaftliche Versorgungsstruktur vorgehalten wird. Wir werden dabei offen und fair mit allen freien Trägern zusammenarbeiten;

- die Sozialstationen, die Inbegriff konkreter christdemokratischer Sozialpolitik sind, gerade im Bereich der häuslichen Betreuung älterer Menschen stärken;
- die Chancen, die durch die neue Pflegeversicherung eröffnet worden sind, für die ambulante Betreuung im Saarland ergreifen;
- die familiäre Betreuung und Pflege durch stationäre Einrichtungen sinnvoll ergänzen, den Vorrang der häuslichen Pflege aber betonen und fördern.

10. Für eine humane und moderne Gesundheitspolitik

Gesundheit

Gesundheit ist das wertvollste Gut des Menschen. Gesellschaftspolitische Lebensbedingungen zu schaffen, die der Erhaltung, Förderung und Wiederherstellung der Gesundheit dienen, gehört zu einer der wichtigsten Aufgaben verantwortlicher Landespolitik.

Die von der CDU geführte Landesregierung wird deshalb:

- mit ihrer Politik dazu beitragen, das Bewußtsein der Menschen im Saarland zu gesunder Lebensführung systematisch zu stärken und zu fördern;
- ein flächendeckendes und kostengünstig arbeitendes Versorgungssystem von Krankenhäusern in einer Vielfalt von Trägerschaft sichern. Wir wollen dabei die Ansätze der Gesundheitsstrukturreform aufgreifen und weiterentwickeln;
- eine differenzierte, qualifizierte ambulante Versorgung erhalten und trotz der weiteren notwendigen Reformen unseres Gesundheitswesens dafür sorgen, daß die Saarländerinnen und Saarländer nicht auf eine hochqualifizierte medizinische Versorgung verzichten müssen;
- eine Politik gegen den Mißbrauch von Drogen betreiben, die sich am Grundsatz "Hilfe vor Strafe" orientiert. Dazu werden wir über den öffentlichen Gesundheitsdienst intensiv Hilfe für Drogenabhängige anbieten. Eine Legalisierung von Drogen ist für die CDU Saar ein falsches Signal und wird deshalb abgelehnt.

Der Solidarpakt Saar

- darauf baut die CDU geführte Landesregierung auf -

Für die Sicherung der Eigenständigkeit unseres Landes in einem föderalen Deutschland, mit unverwechselbarem eigenständigen Profil in einem vereinten Europa, ohne trennende Grenzen, offen und engagiert für die Zusammenarbeit in einer europäischen Zentralregion.

Diese Zukunft fordert von uns heute unnötigen Ballast abzuwerfen und überflüssige Bürokratie zu beseitigen, vor allem: parteipolitische Pöstchenwirtschaft und Filzokratie auszurotten. So wird eine von der CDU geführte Landesregierung zwei Ministerien weniger haben. Sie wird alle Möglichkeiten nutzen, um Arbeitsplätze für Dienstleistungen für die Menschen zu schaffen.

Wir werden die Landesregierung nach klaren unternehmerischen Management-Anforderungen führen und alle Möglichkeiten nutzen, um durch erfolgsbezogene Vergütung, durch Bildung ministerienübergreifender Arbeitsstäbe schnelles Agieren und Reagieren bei allen landespolitischen Aufgaben gewährleisten. Wir werden uns im Bundesrat von den saarländischen Interessen leiten lassen und uns nicht parteipolitischen Zwängen unterordnen.

- Wir werden unsere Rolle als eigenständiges Bundesland nutzen und Initiativen ergreifen, die das Steuerrecht einfacher und überschaubarer machen.
- Wir wollen in einer weiteren Steuerreform insbesondere den Mittelstand entlasten, vor allem bei den ertragsunabhängigen Steuern.
- Wir wollen ein weltoffenes, ein attraktives, ideologiefreies Saarland:

- Wir wollen ein im besten Sinne des Wortes saarländisches Saarland.

Presse

- Wir akzeptieren die wichtige Rolle einer kritischen, einer unabhängigen Presse und aller Medien. Deshalb werden wir das saarländische Pressegesetz so ändern, daß es nicht mehr als Einfallstor für politische Bevormundung von Presse, Funk und Fernsehen mißbraucht werden kann.

Das wiedervereinte Deutschland bricht auf in eine gute Zukunft. Es geht wieder aufwärts. Deutschland hat in Europa und mit Europa eine gute Zukunft. Diese Zukunft werden wir mit ehrlicher Arbeit und klarer grundsatztreuer Politik für unser Saarland nutzen, damit es jetzt auch im Saarland wieder aufwärts geht. Der Solidarpakt Saar ist das Angebot dazu an alle unsere Bürgerinnen und Bürger im Saarland. Wir brauchen die Mitarbeit aller.

Wir müssen die absolute Mehrheit der SPD brechen, damit der absoluten Konzeptionslosigkeit der SPD Landesregierung endlich eine konkrete Vision für ein lebendiges, lebenswertes, offenes, für ein zukunftsfähiges Saarland gegenüber gestellt wird. Der Solidarpakt Saar setzt die Vision in konkrete Politik um. Die CDU ist besser für das Saarland.

Saarbrücken, den 24. 9. 1994
1050B/0087J